

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Literarischeblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die Illustrierte Beilage „Zeitungsbild“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreis: goldmann, nm-Zeile 10 Pfennig, Familien-Anzeigen nm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstr. 22-26
Fernsprech-Zentrale Ullsteinhaus, Amt Dönhofs 3081-3085, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3081-3088. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 666.

Parlamentschluß in Paris

Kurze Pause

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

12. Paris, 11. August

Am Schluß der heutigen Sitzung hat Poincaré das Defizit verlesen, durch das das Parlamentssitzungsjahr 1926 geschlossen wird. Von der Bank wurde ein Guthaben auf, ein Deputierter fragte, warum Poincaré beabsichtigt, die Kammer wieder einzuberufen. Poincaré antwortete, dies hänge ganz von den Umständen ab.

Das Parlament tritt in diesem Jahre also seine Ferien mit genau vier Wochen Verspätung an. Obwohl darüber in der Berichterstattung nicht berichtet ist, hatte sich die Tradition entwickelt, die ordentliche Session nicht über den 14. Juli, den französischen Nationalfeiertag, hinausgehen zu lassen. Ueber die Dauer der Parlamentsferien bestimmt die Regierung nach eigenem Ermessen.

In der Verlesung ist lebhaft festgestellt, daß die Session für Sommer und Herbst jedes Jahr am zweiten Dienstag des Monats zu eröffnen ist und daß sie sich mindestens über fünf Monate erstrecken muß. Darüber hinaus hat die Regierung volle Handlungsfreiheit, das Parlament zu verschließen und wieder zu öffnen zu lassen.

Zu den letzten Jahrzehnten war es Brauch, daß die ordentliche Session in der ersten Hälfte des Juli schloß und das Parlament in den ersten Tagen des November zu einer außerordentlichen Session zusammenberufen wurde. Auch dieser Termin dürfte in diesem Jahre um mehrere Wochen versetzt werden. Verschieden schreibt man Poincaré die Absicht zu, die beiden Häuser schon in den ersten Oktobertagen wieder zusammenzutreten zu lassen.

Das ist um so wahrscheinlicher, als Poincaré durch den vorläufigen Bericht auf die Situation des Walfischgraben und Londoner Schuldenschnittens, den ihm die scharfe Opposition der Rechtsparlamenten abgelehnt hat, in der Durchführung seines finanziellen Sanierungsprogramms fest behindert ist, und schon an der ausüblichen Rechte verliert, deren er auf die Dauer nicht zu entsagen vermag, erzwungen hat, die definitive Lösung des bitteren Problems der französischen Auslandsschulden nicht länger hinauszuzögern zu lassen.

In der Finanzkommission sollen die beiden von der Finanzkommission und der politischen Kommission eingehenden Untersuchungsberichte über den von der Regierung eingehändig gemachte Material prüfen und ihre Berichte erstatten.

In den parlamentarischen Kreisen gibt man sich schon heute kritischer Äußerungen über die Absicht, daß Frankreich um die militärischen Rechte der beiden Verträge nicht herumkommen wird. Die große Frage ist nur, die die Absicht, die sich neuerdings um Poincaré hat, diese bittere Pille vertragen wird, was, welche Konsequenzen sich daraus für das Schicksal des Ministeriums Poincaré ergeben werden.

Zu den Verträgen, die die Kammer heute noch zu erörtern haben wird, gehört u. a. auch ein von der Finanzkommission vorgeschlagener Wegentwurf, der auf eine Modifikation der Gebühren

abzielt, denen die in Frankreich lebenden Ausländer unterworfen sind.

Es liegen dazu mehrere Initiativanträge vor, die die Einführung einer besonderen Einkommensteuer für Ausländer fordern. Die Kommission ist jedoch nach eingehender Prüfung zu der Überzeugung gelangt, daß jede Sonderbesteuerung der Ausländer im Widerspruch mit den von der französischen Regierung mit einem großen Anzahl von Ländern geschlossenen Verträgen steht, die deren Staatsangehörigen die gleiche steuerliche Behandlung wie den eigenen Volksgenossen zusichert.

Die Kommission verweist dazu auf den Präzedenzfall des vergangenen Jahres, wo die Kammer aus dem gleichen Grunde sich genötigt gesehen hatte, den von ihr beschlossenen 20 Prozentigen Steuererhöhung auf alle Sondersteuern an Ausländer wieder aufzuheben.

Die einzige Steuerung, die die Kommission vorschlägt, ist, daß künftig jeder Ausländer, der sich länger als 14 Tage in Frankreich aufhalten möchte, eine Identitätskarte zu lösen haben wird, deren Preis von 68 auf 300 Franken erhöht werden soll. Die hundert in Frankreich anwesigen Ausländer sollen außerdem verpflichtet sein, diese Karte jährlich zu erneuern.

12. Paris, 11. August

Der französische Außenminister Briand hat heute einen kurzen Urlaub angetreten, den er in der Bretagne zu verbringen beabsichtigt.

Erhöhung der französischen Bahntarife

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

12. Paris, 11. August

Die Beratungen der vom Parlament beschlossenen neuen Steuern begannen sich täglich früher bis auf 10 Uhr. So findet die französische Eisenbahn-Sitzung heute mit Wirkung vom 15. August eine Erhöhung der Personenfahrpreise um 30 und der Gütertarife um 24 u. 5. an.

Die Regierung, die erst vorerhand die hohen Erhöhungen, die das Preisniveau in den letzten Wochen in Frankreich erfahren hat, als unerschwerlich betrachtet und zwei aus Mitgliedern des Kabinetts zusammengesetzte Sonderausschüsse eingesetzt hat, um mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einen Abbau der Preise in die Wege zu leiten, fielen mit dieser Veranschlagung der Eisenbahntarife, die ohne ihre Zustimmung nicht möglich gewesen wäre, ihre eigene Politik auf abzurufen. Sie wird danach mehr dem Handel noch der Industrie verschonen können, ihre Preise mit den täglich steigenden Erhebungen in Einklang zu bringen.

Die daraus dem Poincaréoffenen Stabilisierungsversuch drohenden und nun von wiederholt aufgelegten Gefahren scheinen heute viel furchtbarer zu werden zu folgen, als in Frankreich bisher zu glauben geneigt war.

Diese Vorgänge in Gernersheim waren Gegenstand deutscher Vorkellungen in Paris. Die Schuld trifft dabei ohne Zweifel die Besatzungstruppen.

Die französischen Herbstmanöver abgefragt

Aus Erpariangründen

Paris, 11. August. (W. T. Z.)

Dem „Figaro“ zufolge werden die großen Manöver, die im nächsten Monat in Westfrankreich stattfinden sollen, abgefragt. Das Blatt nimmt an, daß Gegenmaßnahmen der Regierung hierzu die Veranlassung gegeben haben.

Reichstag und Handelsprovisorium

Wie der „Demokratische Volksdienst“ mitteilt, wird voraussichtlich Ende dieser Woche der handelspolitische Ausfluß des Reichstags zum Zentrum, um auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 10. Juli 1926 zu dem deutsch-französischen Handelsprovisorium Stellung zu nehmen. Das Handelsabkommen soll am 21. August in Kraft gesetzt werden.

Pflicht der Selbstbehauptung

Von Senator a. D. Dr. Eubmann

Die Republik hat noch viel zu lernen. Das liegt daran, daß das deutsche Volk trotz seiner guten Schulbildung noch viel zu lernen hat, soweit seine Politik in Betracht kommt. Denn auf diesem Gebiet hat es in Jahrhunderten weniger Bildungsmöglichkeiten gehabt als andere Staatsvölker. Die Wille des Lernens in diesem Bereich mußten diesem fleißigen Volke die vier Dutzend Parlamenten ab mit ihrem Hofstaat, der die Minister zu stellen pflegte, und das 19. Jahrhundert hat an diesem Zustand nicht allzuviel geändert.

Gerade in diesen Tagen, da man den Verfassungstag von Weimar feiern will, verlohnt es sich den Kernstoff der Republik zu bedenken. Wie freuen wir der Ideen, die das neue Reich nach der Weimarer Verfassung tragen sollen, und glauben an ihren ewigwählichen Sieg und ihre ererbende Straft. Wie verzeihen die praktischen und gedanklichen Sündhelfer, die sich nicht mehr und mehr denjenigen entgegenstellen, die mit Gewalt oder List diesen neuen Staat ein unheiliges Ende bereiten möchten, und wie schämen daraus, daß die Republik gefehlt hat. Wie überleben aber gemeint, daß wir mit dieser Salbung, die feierlich den ewigwählichen Sieg erwartet, einer zeitweiligen Genugtuung im Weg zu erklären, deren Ziel aus vaterländischen Gründen früher erreicht werden sollte. Wie scheint, daß die Republik erst dann ewigwählich gefehlt ist, wenn ihre innere Stärke zu einem moralischen Zusammenbruch gekommen ist, dessen Gegenstück für das gesamte Volk zureichend ist.

Alle Macht über Menschen verlangt Symbol. Jede große Idee, die Herrschaft erlangt hat über Menschenherde, hat sie ein äußerlich sichtbares Symbol geschaffen. Diese Symbolik und um so härter, je erzieher sie von ihren Trägern empfangen, je erzieher sie von ihnen mit aller verfügbaren innerer und äußerer Kraft gelehrt werden.

Liberalismus und Erziehung sind eine große Sache. Ich bin ein überzeugter Anhänger dieser großen menschlichen Grundidee und glaube doch, daß auch ihnen eine Grenze gesetzt ist. Der Staat jedenfalls darf den Liberalismus nicht zur Anarchie, die Toleranz nicht zur Willkür anderer werden lassen. Das sind Selbstverleumdungen selbsthätig und dennoch wert, wiederholt zu werden angeht der Tatsache, daß die Republik heute vor der Frage steht, wie in den Weg zu ihrer ewigwählichen Stabilisierung möglichst abzuwenden kann. Denn diese Wählung wieder ist dringend nötig angeht der außenpolitischen und wirtschaftlichen Lage.

Der Staat kann und muß fordern, daß diejenigen Kräfte, die ihn brauchen, die er erhält und fördert, ihn nicht gleichzeitig unterdrückt bestimmen und sich Ansehen unterwerfen. Die Art, wie heute aus einem fallend verfallenden Liberalismus heraus den Angehörigen der Oberhälfte gestattet ist, der Republik und ihren Einrichtungen schädlichen Schäden zu bezeugen, ist doch neu denkbar, wenn man den Grundgedanken des Volkes im Auge faßt, wie man sein Ansehen machen will. Jedes man sich vielleicht in maßgebenden Stellen einbildet, in den opponierenden Gruppen „moralische Erhebungen“ für die Republik zu machen, erzieht man die Seele weiter geradezu zu einem doppelwärtigen Verhalten gegen den Staat, das man nur durch unumkehrbare Beschlüsse, deren Zweck die Befreiung der Staat selbst an innerer Kraft. Der Wille, sich durchzusetzen, ist gleichbedeutend mit der Erhaltung einer festeren öffentlichen Moral.

Zwei getrennte Fälle aus diesen Tagen erweisen es: das Aufheben der Deutschen Judenemigration und der Fall des Richter Kallin in im Weg zu erklären. Es ist kein Zufall, daß die wälfische Regierung in Bonn neben der schwarzrot-goldenen Reichsflagge das Symbol der Kaiserflagge als Exhauptum forderte. Damit verlangt der doppelwärtige Liberalismus, daß in seiner Mehrheit bereit ist, diesem neuen Staat in ihrer Mehrheit bereit ist, die Substanz der Idee des neuen Staates und verlangt gleichzeitig das Recht auf Erziehung durch diesen Staat in der Welt der Vorgesangsorganisation. Kein normaler Mensch wird es nicht erziehen, daß er seinen Kindern nur zu kommen kann, wenn sie ihren Anstellungen erlauben wollen, dazwischen stehen in die Interesse, gegen ihr Ansehen und zu ihrem Nachteil zu handeln. Der moderne Staat oder macht den unversöhnlichen Versuch, in mehrheitlichen Liberalismus und einer an Gleichgültigkeit ererbenden Toleranz diesen die öffentliche Moral gefährdenden Verfahren noch eine getrennte Arbeitsgrundlage zu geben. Unter solchen Umständen ist es kaum vorstellbar, daß eine Generation heranzubildet, die ein unversöhnliches Verhalten zu öffentlichen Gewalt hat.

Wälfische Repräsentanten sind man auf anderen Gebieten. Es ist zu erwarten und Hoffnungen, die offen dazu ist seit 1919 die Republik Tausenden von Unternehmungen und ihren Geschäftsdirektoren gut genug gewesen. Es wäre nicht ohne Interesse, festzustellen, wieviele von

10000 Mann weniger

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

12. Paris, 11. August

Die Erleichterung der Dispositionsliste sieht, wie wir hören, vorläufig eine Verminderung der alliierten Truppen von etwa 10000 Mann vor. Frankreich wird seine Besatzungsmacht von 58000 auf etwa 50000, die Engländer und Belgier hier von 12000 auf 10000 Mann herabziehen, so daß von etwa Mitte September ab nur noch circa 60000 Mann allierter Truppen im Rheinland stehen werden.

Überdies können scheinbar die alliierten Regierungen bereit, den deutschen Wünschen nach einer Konzentration der Besatzungstruppen in weniger großen Garnisonen Stellung zu tragen, um so die Disposition möglichst „unfurchtbar“ zu machen. Es magden weitere Konsequenzen auf diesem Gebiete jedoch davon abhängen, daß die deutsche Regierung die Verwirklichung übernimmt, der Abklärung der nationalpolitischen Schwerkünfte auf dem linken Rheingau mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und alles zu tun, um eine Wiederholung von Zwischenfällen, wie sie sich häufig in Gernersheim abspielte haben, vorzubeugen.